

Petra Köpping

Integriert doch erst mal uns!

**Eine Streitschrift
für den Osten**

Ch. Links Verlag

des Westens verdeckte.

Ich sehe wenig Anlass, über die Richtigkeit der Einsetzung einer Treuhandanstalt zu diskutieren. Doch die Ausrichtung, der Arbeitsauftrag und das Vorgehen der Treuhandanstalt müssen hinterfragt werden: War es richtig, statt auf Sanierung und Umwandlung eher auf schnellen Verkauf und Abwicklung zu setzen?

Das hätte übrigens eher dem Treuhandgesetz entsprochen, das noch von der DDR-Regierung verabschiedet worden war. Dort stand in der Präambel, »dass nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens und seiner Ertragsfähigkeit sowie nach seiner vorrangigen Nutzung für Strukturanpassung der Wirtschaft und die Sanierung des Staatshaushaltes den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt (...) ein verbrieftes Anteilsrecht an volkseigenem Vermögen eingeräumt werden kann«. Dieser Satz wurde 1994 vom Bundestag aus dem Gesetz gestrichen, worauf Hans-Werner Sinn 2015 erneut im *Deutschlandfunk* hinwies: »Das war eine Missachtung des Vereinigungsvertrages, denn man hätte nicht gucken müssen, was das wert ist, sondern hätte gleich verbrieft Anteilsrechte vergeben, Aktiengesellschaften gründen und Aktien vergeben können. Man kann auch Aktienanteile an Schrott haben. (...) Es wäre, glaube ich, kein Schrott gewesen, wenn man eine ganz andere Lohnpolitik gemacht hätte und wenn man zugelassen hätte, dass Investoren aus dem Ausland sich hinzugesellen, dass man Joint Ventures macht.«³² Die Gegenleistung für die Anteile wäre dann die Herausgabe der Betriebe gewesen, immerhin volkseigenes Vermögen.

Für besonders wichtig in Bezug auf die Forderung, dem Osten endlich mal zuzuhören und die Vorgänge der Nachwendezeit unter die gesamtdeutsche Lupe zu nehmen, halte ich Hans-Werner Sinns damaligen Abschlussgedanken: »Ich glaube bestimmt, dass mit den Belegschaften was hätte gemacht werden können. Ein Betrieb besteht ja doch nicht nur aus Maschinen, sondern vor allem aus Menschen, die ein Gefüge miteinander haben, die sich kennen, die anpacken wollen, die Wissen haben. Und das ist der eigentliche Wert, und diese Menschen hätte man jetzt verbinden können mit neuem Kapital, das Investoren hereingebracht hätten.« Diese von mir rundweg geteilte Einschätzung äußerte – und das bleibt für mich abschließend zu bemerken – einer der zentralen neoliberalen Wirtschaftsdenker unseres Landes.

Konkrete Folgen der Nachwendezeit

Ungerechtigkeiten, die bis heute bestehen

Die Aufarbeitung der Nachwendezeit ist nicht nur eine psychologische oder symbolische Frage. Die Zeit hatte ganz konkrete soziale und gesellschaftliche Folgen, die bis heute Ostdeutschland prägen.

Nehmen wir die Rente. Die Rentenüberleitung nach der Wiedervereinigung verdient es, als große Leistung in die Annalen der Geschichte einzugehen. Nicht nur bewegten sich die Renten in der DDR deutlich unter Westniveau. Auch das Lohnniveau war bei der Wiedervereinigung im Osten so gering und lag bei nur 40 Prozent der Westlöhne. In beiden Fällen hätten die damaligen frischgebackenen Senioren niemals von ihrer Rente leben können. Also wurden die Entgelte für Versicherungszeiten in der DDR und in den neuen Bundesländern bei der Berechnung stark aufgewertet. Dieser »Umwertungsfaktor«, teilweise bis zum 3,3-fachen, bereinigte den Lohnunterschied – so als hätte man mehr verdient.³³ Dies sicherte den Ostrentnern einen würdigen Lebensstandard. Und weil in der DDR meist beide Lebenspartner gearbeitet hatten, bekamen viele sogar eine bessere Rente als manche westdeutsche Geringverdiener, bei denen die Frauen meist nicht gearbeitet hatten und als Hausfrauen daheim geblieben waren. Das gehört zur Wahrheit dazu. Und das prägt auch den Blick vieler Westdeutscher bis heute auf den Osten.

Spätestens im Jahr 2025 wird es endlich eine einheitliche Rentenberechnung in Ost- und Westdeutschland geben. So hat es der Bundestag im Juni 2017 beschlossen. Selbst Kritiker dieser Rentenreform mussten zugeben, es sei überfällig und nicht mehr zu erklären, dass es 35 Jahre nach der Deutschen Einheit keine einheitlichen Renten in Ost und West gibt. Die bislang noch bestehenden Unterschiede haben viele als höchst ungerecht und empörend empfunden. In sieben Schritten soll der Rentenwert Ost nun auf den Rentenwert West angehoben werden, so dass es endlich keine Unterschiede mehr in der Rentenberechnung geben soll.

Doch es gibt hierbei eine gute und zwei schlechte Nachrichten für den Osten: Die gute Nachricht ist, dass von der Rentenangleichung alle *heutigen* Rentner in Ostdeutschland profitieren. Die schlechte Nachricht: Mit der beschlossenen Angleichung der Rentenwerte Ost-West wird natürlich auch der »Umwertungsfaktor« abgeschmolzen. Das ist gerecht: Würde er beibehalten werden, würde dies dazu führen, dass in Branchen, bei denen sich West- und Ost-Löhne angeglichen haben, der betroffene Ostdeutsche sogar eine höhere

Rente erwerben würde als sein westdeutscher Kollege. Gleichzeitig führen der Wegfall der Höherwertung und die damit einhergehende Gleichstellung der Berechnungsgrundlage in Ost und West 2025 durch die weiterhin geringeren Löhne in vielen Branchen im Vergleich zum Westen zu niedrigeren Renten im Osten. Die erste schlechte Nachricht ist also, dass sehr viele zukünftige ostdeutsche Rentner kleinere Renten zu erwarten haben, weil sie bei gleicher Arbeit faktisch hier im Osten immer noch weniger verdienen als ihre Kollegen im Westen.

Altersarmut als zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland

Die zweite schlechte Nachricht ist, dass eine massive Altersarmutswelle auf Ostdeutschland zukommt. Ich würde sogar sagen, das ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen Deutschlands in den nächsten Jahren. Zwar sind die Einkommen in den vergangenen drei Jahrzehnten im Durchschnitt deutlich gestiegen. Doch tatsächlich sehen wir eine krasse Spaltung und soziale Ungleichheit des Arbeitsmarktes im Osten: Wer Tariflohn verdient, kann sich häufig nicht nur über höhere Löhne freuen, sondern auch noch über Weihnachts- und Urlaubsgeld. Doch die Tarifbindung im Osten ist weitaus geringer als in Westdeutschland.

Nicht wenige machten nach 1989 umfassende, oft auch existenzielle Veränderungen in ihrem Arbeitsumfeld durch: Landeten sie nicht in der Langzeitarbeitslosigkeit, waren ihre neuen Jobs oft befristet und schlecht bezahlt. Auch die Einkommen als Selbstständiger reichten gerade so aus, um über die Runden zu kommen. Und bis heute sind die Löhne im Osten in den meisten Branchen bekanntlich deutlich geringer als im Westen. Ein Drittel der ostdeutschen Arbeitnehmer verdient im Jahr 2014 unter 10 Euro.³⁴ Damit landet man automatisch in der Grundsicherung, obwohl man sein Leben lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat – und das meist mit einer guten Ausbildung und Arbeitserfahrung.

Genauso landen in der Grundsicherung all jene, welche in ihrem Arbeitsleben viele Brüche hatten: weil sie nach 1990 einfach keine Arbeit fanden oder immer wieder ihre Arbeit verloren, etwa weil die Firma pleiteging.

Während also die Armutsquote der Rentner im Osten direkt nach der Wende wie beschrieben rapide gefallen ist, weil die alten Rentenansprüche aus DDR-Zeiten durch die Höherwertung großzügig angerechnet wurden, wird sie nun massiv zunehmen, wenn die Jahrgänge in Rente gehen, die den größten Teil ihres Arbeitslebens in der Nachwendzeit ableisteten.³⁵ Eine aktuelle Studie prognostiziert, dass ein Drittel der ostdeutschen Arbeitnehmer aufgrund geringer Löhne im Alter unter die Armutsgrenze zu rutschen droht.³⁶

Das hat Konsequenzen. Es gibt eine enorme Unsicherheit im Osten. Laut Sachsen-

Monitor macht sich die Hälfte der Sachsen Sorgen, dass die Rente im Alter nicht zum Leben reicht.³⁷ Und selbst die Erfolgreichen haben häufig große Angst, entweder um ihre Rente oder den kleinen Wohlstand, den man sich mühsam aufgebaut hat.

Leistungsgerechtigkeit für die Aufbaugeneration massiv infrage gestellt

Zudem entsteht Wut. Handwerker haben mir in meinen Bürgersprechstunden berichtet, dass sie mit 70 immer noch auf die Baustelle gehen müssen, weil es sonst nicht reicht, obwohl sie Jahrzehnte lang gerackert und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben. Dass sie wütend sind, verstehe ich. Man muss sich einfach einmal deren Arbeitsleben vor Augen führen: Viele Lebensläufe waren auf einmal nichts mehr wert, genauso wie Berufsabschlüsse. Die Firmen wurden teils über Nacht geschlossen, und die Leute standen vor dem Nichts. Viele der Älteren haben umgeschult, haben in ganz anderen Bereichen neu angefangen. Viele der Aufbaugeneration haben jahrelang auf höhere Löhne oder andere Forderungen verzichtet, um ihren Job zu sichern. Sie kämpften sich durch die schwierige Nachwendezeit und halfen, die wenigen übriggebliebenen Betriebe und das Handwerk am Laufen zu halten. Sie haben bereitwillig Überstunden geschoben oder unfreiwillig in Teilzeit gearbeitet, um ihren Job und das eigene Unternehmen vor Ort nicht zu gefährden. Sie arbeiten im vereinigten Deutschland bis heute deutlich mehr Stunden mit geringeren Gehältern als in Westdeutschland. Und dann? Landet man unter der Armutsgrenze.

Ein großer Teil dieser Aufbaugeneration, vor allem aus der unteren Mittelschicht, fühlt sich so um ihre Leistung betrogen und sieht keine Chance, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu bekommen.

Ich weiß, auch viele westdeutsche Frauen landen in Altersarmut. Sie haben Kinder aufgezogen und folglich geringe Renten. Das stimmt. Doch diese Feststellung bedeutet ja gerade nicht, dass man für westdeutsche Frauen nichts tun sollte, die aufgrund des Lebensmodells in der alten Bundesrepublik daheim bei den Kindern blieben, die Erziehung übernahmen und nun oftmals ebenfalls in der Altersarmut landen. Es gab bis heute viel zu wenig Ganztagskitas im Westen.

Ich will ja mit dieser Anmerkung gerade verhindern, dass die zukünftigen armen Ostrentner gegen die armen westdeutschen Frauen ausgespielt werden. Denn ich bleibe dabei: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss das im Alter an einer guten Rente spüren. Wenngleich ein Ost-West-Unterschied bleibt: In Westdeutschland werden die niedrigen Renten eines Ehepartners häufig durch höhere Renten des anderen ausgeglichen, zudem existieren häufiger Betriebs- und private Renten, sowie Pensionsansprüche. In Ostdeutschland entfällt dieser Effekt. Hier kommt auch in Paarhaushalten zu einer Rente auf Grundsicherungsniveau oft nur eine weitere in gleich niedriger Höhe hinzu. Da es im

Osten weniger Betriebsrenten, weniger Erbschaften und weniger Immobilienvermögen gibt, können die niedrigen Renten auch sonst nicht aufgefangen werden. Hier bedarf es einer Politik der Gegensteuerung.

Folgen für die Arbeitsgesellschaft

Die Nachwendzeit hatte zudem erhebliche Folgen für die Arbeitsgesellschaft: Studien zeigen, dass Unternehmer im Osten sehr viel marktradikaler und kapitalistischer denken als im Westen. Sie stimmen viel öfter der Aussage zu, »Ziel eines jeden Unternehmens muss sein, maximalen Profit zu machen«. Sie wollen weniger staatliche Regulierung und lehnen gewerkschaftliche Beteiligung ab.³⁸

Natürlich hat das Gründe: Die Nachwendzeit ähnelte mit ihrem Turbokapitalismus eher dem Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als der rheinischen sozialen Marktwirtschaft. Manche Unternehmer verhielten sich einfach als »kapitalistische Neureiche« – mächtig, protzig und »Herr im Haus«. Andere waren eher harte Kapitalisten wider Willen, wie es Wolfgang Neef, nach der Wende Direktor bei Sachsenring Zwickau, beschreibt.³⁹ Die Unternehmer hatten es eben schwerer und härter. Durch die hohe Arbeitslosigkeit brachen auch die Nachfrage und der Konsum in der Region zusammen. Zudem hatten sie aus rein historischen Gründen kein Vermögen oder Erbe in der Hinterhand.

Ost-Unternehmen standen (und stehen häufig noch) unter einem extremen Konkurrenz- und Kostendruck. Sie litten unter chronischem Kapitalmangel. Sie konnten sich »deshalb meist die für die Steigerung der Produktivität notwendigen Investitionen nicht leisten« und mussten »den Kosten- und Konkurrenzdruck (...) an ihre Belegschaft weitergeben«.⁴⁰

Es gab eine Art »unausgesprochenen Sozialpakt«: Ich als Unternehmer sichere den Arbeitsplatz, im Gegensatz verzichten die Arbeitnehmer auf höhere Löhne und Mitbestimmungsrechte. Der Soziologe Michael Behr nannte ostdeutschen Arbeitnehmer daher einmal »Arbeitspartaner«, die fleißig mehr Stunden arbeiten, keine Forderungen aufstellen und froh sind, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. Ein Bekannter von mir beschrieb dies einmal als das Gefühl, »wunschlos unglücklich« zu sein.

Es entstand aber zugleich ein gewaltiges Ungleichgewicht zwischen Arbeitern und Kapital, das bis heute gerade die älteren Mitarbeiter eher auf der Seite ihrer Chefs stehen lässt, wenn es um die Entscheidung geht, ob Löhne anzuheben sind oder Rechte eingefordert werden sollten. Wer »mehr« forderte, bedrohte damit das Unternehmen. Gewerkschaften wurden ganz im Sinne neoliberalen Denkens zu potenziellen Totengräbern. Die Folge: Neugründungen von Betriebsräten hatten und haben es schwer. Arbeiter wurden vom paternalistischen Chef auch nur so lange beschützt, wie sie sich an die Vorgaben des Chefs hielten. Mir hat einmal jemand gesagt: »Früher durfte ich auf